

DAS THEMA

Die Energieversorgung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und muss für alle Menschen finanzierbar sein. „Daher gehört das Energiesystem in allen Teilen konsequent in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle“, so Bodo Ramelow während der Tagung am 28. August in Erfurt, auf der die von der LINKE-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Auftrag gegebenen „Jahresthesen 2013 – Energiewende und sozial-ökologischer Umbau – Einstiege in eine sozial gerechtere Gesellschaft“ vorgestellt und diskutiert wurden.

Die Fachtagung, an der sowohl LINKE-Vertreter aus Bundes- und Landespolitik als auch Experten aus dem Energiebereich und der Thüringer Energie AG teilnahmen, wurde mit einem Beitrag der LINKE-Landrätin des Ilm-Kreises, Petra Enders (s. Foto), eröffnet. Die Politikerin, die sich bekanntlich gemeinsam mit Bürgerinitiativen seit Jahren gegen den Bau einer weiteren 380-kV-Leitung durch den Thüringer Wald gewehrt hat und dabei auch immer wieder auf Alternativen verwies, erinnerte an die in der Bundesrepublik bestehenden 37.000 Kilometer Höchstspannungsnetze. Bereits jetzt gebe es die Möglichkeiten der technischen Umrüstung.

„Wir brauchen keine weiteren neuen Leitungen“, so Petra Enders. Sie kündigte eine Verfassungsbeschwerde gegen den Bau der 380-kV-Leitung an.

Kein Weiterso im Ost-West-Schema

In der auf der Tagung beschlossenen Erfurter Erklärung wird gewarnt, dass die Energiewende durch die Politik der Bundesregierung unter Angela Merkel immer mehr ins Stottern gerate. „Wir brauchen passgenaue Lösungen vor Ort, damit Energie dezentral erzeugt und regional verteilt und genutzt werden kann. Kniefälle vor der Atomlobby

Energie für alle bezahlbar

Erklärung der LINKEN zum sozial-ökologischen Umbau

und den Energieriesen bremsen den sozial-ökologischen Umbau der Energieversorgung in allen Teilen des Landes aus.“ Das Papier enthält auch die Forderung nach einem Solidarpakt III für die Zeit nach 2019: „Es geht nicht um ein Weiter-so im Ost-West-Schema, sondern um einen erfolgreichen sozial-ökologischen Umbau in allen Regionen in West, Ost, Nord und Süd zur Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.“

Außerdem heißt es in der per Akklamation verabschiedeten Erklärung: „Die Gesellschaft steht vor einer Richtungsentscheidung. Denn die gegenwärtig geführten ideologischen Grabenkämpfe gegen eine Energiewende können die unveränderliche Tatsache der Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels im Energiesektor nicht vom Tisch fegen. Es geht an erster Stelle um eine Korrektur der von fossilen und atomaren Energieträgern bestimmten Denkrichtung: Erneuerba-

re Energien bekommt man überall in unterschiedlicher Intensität von der Natur angeboten und sie ist damit dort, wo sie gebraucht wird, direkt und auf Dauer verfügbar. Damit nehmen



sie der gegenwärtigen Monopolstruktur die Existenzberechtigung. (...) Die jüngste Übernahme der Aktienmehrheit an Thüringens größtem Energiedienstleister durch die Kommunen ist



Gregor Gysi zusammen mit Bodo Ramelow, Wulf Gallert und Willy van Ooyen auf der Pressekonferenz zur Erfurter Tagung der Fraktionsvorsitzenden zur Vorstellung der Jahresthesen.

ein gelungenes Beispiel dafür. Das ist notwendig, um einerseits eine sozial gesicherte, bezahlbare Teilhabe an der Grundversorgung zu sichern und gleichzeitig aber auch den solidarischen, technisch problemlos herstellbaren Ausgleich zwischen Regionen mit hohem und niedrigerem Energiebedarf an Strom, Wärme etc. zu organisieren.“

DIE LINKE stark vor Ort

„Wir – die Mitglieder der Partei DIE LINKE – streiten in Europa, im Bund, den Ländern und auf kommunaler Ebene, in Opposition, Regierung, Verwaltung und an der Seite außerparlamentarischer Bewegungen mit unserer Politik dafür, dass diese Energiewende zum Motor gesellschaftlicher Transformation wird und der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft gelingt. Das Beispiel der Rekommunalisierung in Thüringen – die von der LINKEN maßgeblich mit betrieben wurde – zeigt: wo DIE LINKE stark vor Ort ist, finden sich passgenaue Lösungen zur Verbesserung der Situation der Menschen und werden mit diesen gemeinsam umgesetzt.“

KURZ UND PRÄGNANT

Keine leeren Kita-Wahlkampfversprechen

„Die Forderungen nach gebührenfreien Kitas kann jetzt die SPD in die Tat umsetzen. Sie muss nur unserem Antrag im Landtag zustimmen“, so die LINKE-Abgeordnete Margit Jung. Wenn sich die SPD mit einer Unterschriftenaktion für gebührenfreie Kitas einsetze, müsse sie zu allererst ihre eigene Verantwortung ernst nehmen. „Das Landeserziehungsgeld hätte sie schon längst abschaffen und das Geld für die Kitas verwenden können.“ Die SPD sei nicht nur Teil der Landesregierung, sondern hier auch zuständig für Soziales und Bildung. „Wenn sie jetzt Forderungen der Eltern aufgreift und den Anschein erweckt, als läge es nicht auch in ihrer Hand, Gebühren zu senken, ist das Wählerbetrug.“ Als erstes gelte es, die Beteiligungspflicht der Eltern aus dem Kita-Gesetz zu streichen und die Landesmittel für Kitas zweckgebunden weiterzureichen. „Dann kommt das Geld auch in den Einrichtungen an und es müssten deutlich weniger Elterngebühren erhoben werden“, stellte Margit Jung fest. Bislang habe sich die SPD aber immer den konservativen Vorstellungen der CDU gebeugt, um ihre Regierungsbeteiligung nicht zu gefährden. ■

Diskussion des Behindertenbeauftragten-Berichts

„Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung hat immer noch nicht die Möglichkeit, den Bericht über seine wichtige Arbeit auch dem Landtag vorzustellen“, so MdL Karola Stange. Die Linksfraktion fordert seit langem, die Rechte des Behindertenbeauftragten zu stärken. Sie hatte dazu Regelungen in einem Gesetzentwurf aufgenommen, der aber von der Mehrheit im Landtag abgelehnt wurde. Nun will sie erneut ihre Forderung aufgreifen und beantragt im Parlament, dass die Landesregierung über die Tätigkeit des Beauftragten, seinen Bericht sowie die Konsequenzen informieren soll. „Es muss auch möglich sein, dass die Abgeordneten des Landtags über diese Probleme diskutieren können und dass die Landesregierung dazu eine Stellungnahme abgibt und Schlussfolgerungen gezogen werden“, betonte MdL Maik Nothnagel. Die Arbeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen stelle eine wichtige Querschnittsaufgabe dar und benötige eine herausragende Stellung. Es reiche nicht, dass der Behindertenbeauftragte darüber berichtet, welche Probleme es bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen gibt und welche Hilfe er leisten kann. ■

Fachkräftemangel ist selbstgemacht und -verschuldet

Zu einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die auf steigende Einstellungszeiten verweist und daraus einen Fachkräftemangel ableitet, erklärte MdL Ina Leukefeld: „Die Thüringer Wirtschaft hat jahrelang auf ein hohes Arbeitskräfte-reservoir geblickt und deshalb Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen zu guten Löhnen vernachlässigt. Zehntausende, insbesondere junge und gut ausgebildete Menschen haben auch deshalb Thüringen den Rücken gekehrt. Die Antwort auf diese Entwicklung kann nicht sein, in Klagen über mangelnde Ausbildungsreife zu verfallen, vielmehr sind verstärkte Anstrengungen der Unternehmen notwendig, auch dann Menschen eine Perspektive zu eröffnen, wenn diese nicht eins zu eins auf eine Stellenbeschreibung passen.“

Der Fachkräftemangel konzentrierte sich „wenig überraschend auf Ausbildungsberufe, in denen, wie etwa im Bereich der Pflege, des Hotelgewerbes oder der Gastronomie, schwerste körperliche Arbeit auf Niedriglöhne und oftmals schlechte Arbeitsbedingungen trifft“. Die LINKE Abgeordnete erinnert an die Deregulierung des Arbeitsmarktes durch die Agenda 2010 und die nachfolgenden Gesetzesinitiativen und fordert einen gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn, der Existenzsicherung garantiert, mehr Tarifbindung von Unternehmen und vor allem auch eine attraktive Politik für Ausbildung und Beschäftigung, die junge Menschen in Thüringen hält. ■